

Kontakt & Rückfragen

Verein für Wohnbauförderung (vwbf)
Ignaz-Harrer-Straße 35
A-5020 Salzburg

Telefon: +43 (0)662-431221 11
Handy: +43 (0)699-109 12 775

Web: www.vwbf.at
eMail: office@vwbf.at

Editorial

Sehr geehrte Freunde und Mitglieder des vwbf,

Integration ist mehr als die bestmögliche Eingliederung zugewanderter Menschen. Sie umfasst auch die Inklusion von Menschen fortgeschrittenen Alters, von sozial Bedürftigen, Behinderten und von Armut bedrohten oder mit Armut konfrontierten Mitbürgern.

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen „leben“ diesen umfassenderen Ansatz des sozial integrativen Wohnens von vielfältigen Bevölkerungsgruppen für ein Mehr an Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, er ist fixer Bestandteil einer gemeinwohlorientierten Wohnbaubranche.

Das zeigen die vielfältigen Beispiele aus der gemeinnützigen Wohnbaupraxis. Die Ihnen vorliegende Ausgabe stellt mit zwei Beiträgen von Frank Schneider, Direktor der LAWOG, und Michael Gehbauer, Geschäftsführer der Wohnbauvereinigung für Privatangestellte, den Auftakt einer „Serie“ zu den unterschiedlichen „Ansätzen“, breitgefächerten „Zugängen“ und dem Selbstverständnis der Gemeinnützigen zur Integration verschiedenster gesellschaftlicher Bevölkerungsschichten dar.

Darüber hinaus darf ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen sehr aufschlussreichen Artikel von Thomas Ritt, Leiter der Kommunalpolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Wien, zu den besonderen Herausforderungen der Stadt Wien durch das starke Bevölkerungswachstum und das enge wirtschaftspolitische Korsett lenken. Abgerundet wird unser Newsletter von einem Bericht über das 4. Wohnbau-Sommergespräch des vwbf Oberösterreich.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen bei Lesen und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Dir. Markus Sturm
Obmann vwbf



Modellprojekt Wohnqualität - Integration im sozialen Wohnbau

„Hinschauen statt Wegschauen“

Dir. Frank Schneider
Direktor LAWOG



Vom Modell zum Regelsystem – mit diesem Ziel fiel im Mai 2010 der Startschuss zu einem Integrationsprojekt in Wels (Otto-Loewi-Straße). Auf Initiative des oberösterreichischen Wohnbaulandesrates Dr. Haimbuchner, dem Welser Wohnbaustadtrat Dr. Rabl und der LAWOG als Wohnbauunternehmen des Landes wurde das Institut Retzl mit einem Modellprojekt zur Steigerung der Wohnqualität im gemeinnützigen Wohnbau beauftragt.

Probleme im täglichen Zusammenleben der BewohnerInnen der Otto-Loewi-Straße und das damit zusammenhängende negative Image der Wohnanlage in der Öffentlichkeit und die damit entstandenen hohen Leerstände der Wohnungen, bildeten die Ausgangslage für ein Modellprojekt, dessen Erkenntnisse und Ergebnisse auch für andere soziale Wohnbauträger anwendbar sein sollten. Im Zentrum der Betrachtungen und der zu entwickelnden Maßnahmen, sollten dabei die BewohnerInnen vor Ort sein – mit unterschiedlichsten Meinungen, Einstellungen und Ritualen.

Unter dem Motto ‚Hinschauen statt Wegsehen‘ wurde das Ziel der Bewusstmachung bei den MieterInnen für eine aktive Mitgestaltung des Wohnumfeldes durch ein ‚aufeinander Zugehen und miteinander Reden‘ innerhalb des zweijährigen Projektzeitraumes erreicht.

Mehrstufige Projektphasen

Es wurde zunächst ein Fragebogen hinsichtlich Messung der ‚Wohnqualität‘ entwickelt, welcher an alle BewohnerInnen über 16 Jahre verteilt wurde. Alle Fragebögen wurden in deutscher Sprache ausgegeben. Sie wurden durchwegs gewissenhaft ausgefüllt. Auch bei offenen Fragen konnten sich die Mieter verständlich ausdrücken. 75 % der BewohnerInnen fanden es damals sehr bzw. eher wichtig, dass gemeinsam „Regeln des Zusammenlebens in der Wohnanlage“ erarbeitet werden.

Im nächsten Arbeitsschritt nach Auswertung der Befragung, wurden alle MieterInnen der Wohnanlage zu „Stiegenhausgesprächen“ eingeladen.

Ein großes Ziel der LAWOG in diesem Projekt war, dass der Kontakt der Menschen untereinander in der Otto-Loewi-Siedlung gefördert wurde. Das WIR-Gefühl stärken, um Wertschätzung des gemeinsamen Lebensraumes zu bewirken.

Die Umsetzungsphase dieser Detailkonzepte der Reglements wurde dann mittels Workshops und regelmäßiger BewohnerInnentreffen in der Siedlung durchgeführt.

Es wurden nachhaltige Strukturen aufgebaut, die eine Weiterbearbeitung der Ziele und Realisierung der entwickelten Maßnahmen nach Abschluss der Modellphase ermöglichen.

7-Punkte-Programm

Um weitere Verbesserungen in schwierigen Wohnanlagen zu erzielen, wurde ein 7-Punkte Programm mit folgenden Schritten entwickelt:

1. Installation eines Siedlungsbetreuers vor Ort
2. Stärkung der Sanktionsmöglichkeiten bei Störungen des Zusammenlebens in der Wohnhausanlage (z.B. befristete Mietverträge)
3. Hebung der BewohnerInnenbeteiligung durch HaussprecherInnen
4. Besserer Zugang für Wohnbauträger zu melderechtlichen Daten
5. Klar definierte Regeln der Wohnungsvergabe
6. Einrichtung eines Wohnqualitätsbarometer als Benchmark zur regelmäßigen Erhebung BewohnerInnenzufriedenheit
7. Förderung von integrations- und partizipationsfördernder Maßnahmen von Wohnbaugesellschaften

Im Mittelpunkt ist bei diesem Projekt gestanden,



keine – wie allgemein übliche - Studie zu erstellen, sondern gemeinsam mit den MieterInnen partizipative Lösungen zu erarbeiten. Das ist auch die Besonderheit des Projektes und in dieser Qualität und Quantität in Österreich noch nie durchgeführt worden.

Weiters wurde der Volkshilfe (Mosaik) eine Wohnung mietfrei zur Verfügung gestellt, in der alle aktuellen Anliegen in der Anlage sofort bearbeitet werden können bzw. die BewohnerInnen im Alltag unterstützt werden.

Win-win-Situation



Aufgrund aller gesetzten Maßnahmen konnten wir einen Rückgang der Wohnungsleerstände (von 55 leeren Wohnungen- auf null Wohnungen in 1,5 Jahren) aufgrund der Imageverbesserung erreichen! Ein sichtbares Indiz der Verbesserung der Wohnqualität ist auch, dass aufgrund der vorherigen Wohnsituation ausgezogene Mieter wieder in die Wohnanlage zurückgezogen sind.



Unterm Strich stellt das „Modellprojekt Wohnqualität“ eine win-win-Situation dar. Die Umsetzung der erarbeiteten Maßnahmen funktionierte reibungslos, die Zusammenarbeit mit der Stadt Wels, der Volkshilfe und dem Land Oberösterreich ist beispielgebend.



Gemeinnützig Handeln, Gemeinnützig Sein, Gemeinnütziger Wohnbau

Mag. Michael Gehbauer
Geschäftsführer WBV-GPA



Oft werden gemeinnützige Wohnungsunternehmen als soziale bzw. karitative Organisationen angesehen, andere ordnen sie dem Non-Profit-Sektor zu. Wir Gemeinnützige verfügen zwar über eine ausgeprägte „soziale Ader“ wie andere Wohnungsunternehmen auch, gilt es aber, sich am freien Wohnungsmarkt zu behaupten - wir bewegen uns auf einem Grundstücks- und Immobilienmarkt, der viele Fallstricke bereit hält, und treffen dort auf Mitbewerber, die oft wesentlich potenter sind und über mehr Entfaltungsmöglichkeiten verfügen.

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen hingegen haben den verfassungsmäßigen Auftrag, leistbaren Wohnraum bereitzustellen. Dafür gilt es - dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz entsprechend - auf der einen Seite klare Grundprinzipien einzuhalten: Kostendeckung, Ertragsbeschränkung, Gewinnausschüttungsbegrenzungen. Diesen Beschränkungen steht – auf der anderen Seite – die die beschränkte Körperschaftssteuerpflicht gegenüber.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen sehen wir auch die Möglichkeit „gemeinnützig zu handeln“ und den Non-Profit-Sektor zu unterstützen. „Gemeinnützig sein“ heißt für uns als Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV GPA) auch sozialen Vereinen und Institutionen als Partner für Bauaufgaben zur Verfügung zu stehen. Als Kind der Gewerkschaftsbewegung ist der Kontakt zu sozialen Trägern quasi in die Wiege gelegt und unter dem Motto „Menschen:Maßstäbe: Meilensteine“ haben wir diese Aufgabenstellung in unsere Unternehmensphilosophie integriert.

Sozialprojekte

Neben dem Bau geförderter Mietwohnungen, Kindertagesheimen, Schulen, Studentenheimen und Wohngruppenprojekten kann die WBV GPA in der Zwischenzeit auf eine ganze Reihe von „Sozialpro-

jekten“ zurückblicken, die dieser Philosophie entspricht.

Im Bereich des „Asylantenwohnens“ konnte im Jahr 1998 gemeinsam mit dem „Fonds zur Integration von Flüchtlingen“ (der heutige ÖIF – Österreichische Integrationsfonds) das DDR. Kardinal König Wohnheim mit 134 Wohneinheiten für mehrere Hundert nach der Genfer Konvention anerkannte Flüchtlinge samt Kindergarten und Sozialem Betreuungsstützpunkt errichtet werden. Für diese Bauaufgabe erhielt das Unternehmen auch den „Österreichischen Bauherrenpreis 1999“.

Im Bereich der Integration ist auch noch neben dem mit dem Verein Hallamasch entwickelten Integrationswohnprojekt Wien 11., Simmeringer Hauptstraße 192a „Gemeinsam Wohnen in Simmering“ (2004), das mit den BewohnerInnen des Sanierungsprojektes Kauerhof (2008) in Wien 15., für deren Kinder gemeinsam mit der Caritas initiierte Chorprojekt „Superstar“ und die mehrsprachige, mit Bildern illustrierte, Hausordnung zu nennen.

Reintegration

Die Wiederintegration von obdachlos gewordenen Menschen beschäftigt uns seit einigen Jahren. Mit dem Verein Neunerhaus haben wir in Wien 10., Kudlichgasse (2007) und mit der ARGE Wien, ebenfalls im 10. Bezirk in der Siccardsburggasse (2012), Wohnheime errichtet. Derzeit ist gerade der Neubau des Neunerhauses Hagenmüllergasse im 3. Bezirk in Bau. Dieses in mehrfacher Hinsicht innovative Heim wird in Passivhausbauweise errichtet und neben dem Wohnheim auch Pflegeheimenheiten, Arztpraxen für obdachlose Menschen und einen Sozialarbeiterstützpunkt enthalten. Die Eröffnung ist für Februar 2015 geplant.

Darüber hinaus werden im Rahmen des neuen programmatischen Ansatzes „Housing First“ laufend

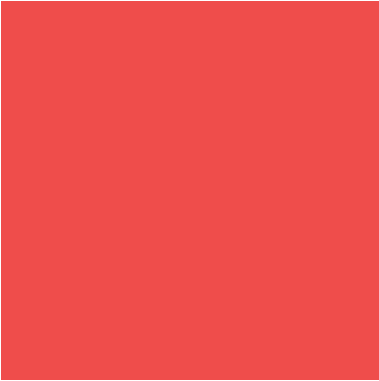


Wohnungen für delogierungsgefährdete Menschen im Bestand und zum Teil im Neubau (z.B. supergeforderte – oder Smartwohnungen) angeboten.



Auch das Wohnen für älter werdende Menschen wurde von uns in mehreren Projekten in Form von „Seniorenwohngemeinschaften“ für den Verein Wiener Sozialdienste und in Form von „Hausgemeinschaften“ der Diakonie Österreich in Projekten thematisiert. So befinden sich 10 SeniorInnenWGs für 61 BewohnerInnen im Sockel unseres Wohnhochhauses Wien 10., Kundratstraße 6 (2007) und drei Hausgemeinschaften der Diakonie für 39 Personen auf dem Dach des Evangelischen Gymnasiums in Wien 11., Erdbergstraße 220a (2006). Außerdem wurde ein Konzept zur „seniorlningerechten Adaptierung von Mietwohnungen“ erarbeitet und den BewohnerInnen der WBV-GPA zur Realisierung angeboten. Derzeit sind gerade SeniorInnenWGs mit dem Arbeitersamariterbund in Planung.

Barrierefreiheit als Zukunftsinvestition



Im Sinne der für alle Gesellschaftsbereiche geforderten Inklusion gewinnt auch das Thema „Wohnen mit und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ eine immer größere Bedeutung. In diesem Bereich haben wir in Wien 22., Boltensnergasse 1 eine BehindertenWG für den Verein Balance (1996), einen Betreuungsstützpunkt für Jugend am Werk (1997) in Wien 21. Carminweg 6 und in Pöls in der Steiermark ein Wohnheim für die Lebenshilfe Steiermark (2001) realisiert. Derzeit ist in der Seestadt Aspern ein Projekt für „mehrfach behinderte Jugendliche“ gemeinsam mit der Diakonie Österreich in Planung.

Wir bekennen uns auch zur Barrierefreiheit als Investition in die Zukunft, die es Menschen künftig ermöglichen soll, länger als bisher in ihren Wohnungen verbleiben zu können.

Nicht nur bei der Realisierung unserer Wohnprojekte wird dabei nach Kooperationen mit sozialen Trägern gesucht, sondern auch beim Catering für Veranstaltungen am Bau: bei Spatenstich-, Gleich- und Übergabefeiern beschäftigen wir Unternehmen mit Transitarbeitskräften, die ehemals arbeitslose Menschen aus- und weiterbilden, um sie wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wie z.B. Wien Work und Grüner Kreis.

Wir sind der Meinung, dass der gemeinnützige Wohnbau in der Vergangenheit nicht nur einen enormen Beitrag zur Versorgung der österreichischen Bevölkerung mit leistbarem Wohnraum geleistet hat, sondern sehen unseren Beitrag, so wie viele andere gemeinnützige Bauvereinigungen in diesem Land auch, in der Erfüllung sozialer Aufgabenstellungen. Wir haben daher unsere Unternehmensphilosophie anlässlich unseres 60-Jahr Jubiläums um die Begriffe: sozial_kostengünstig_innovativ erweitert.



Herausforderungen einer künftigen 2 Millionen Stadt

Mag. Thomas Ritt
Abteilungsleiter
Kommunalpolitik
Arbeiterkammer Wien



2030 werden in Wien über 2 Millionen Menschen leben. Die Stadt wird älter und jünger zugleich und muss Aufgaben im Verkehr, Wohn- und Schulbereich meistern. Besonders auffallend ist das starke Wachstum der letzten beiden Jahre mit einem Plus von 25.000 BewohnerInnen. Das spricht für die Attraktivität Wiens, wirft aber auch viele Fragen auf – etwa: Wo sollen die neuen WienerInnen wohnen, arbeiten oder lernen?

Das starke Bevölkerungswachstum hat mehrere Ursachen: einerseits die starke Zuwanderung und zusätzlich wächst die Bevölkerung in Wien von sich aus. Diesen positiven Geburtensaldo wird es auch in Zukunft geben und das Wachstum der Wiener Bevölkerung wird weiter andauern. Besonders der Anteil der unter 14-Jährigen und der über 65-Jährigen wird bis 2035 überproportional steigen. Wien wird daher gleichzeitig älter und jünger.

Platz für Wohnungen schaffen

Mit dem Bevölkerungswachstum steigt auch der Bedarf an Wohnraum. In Wien wurden in den letzten Jahren durchschnittlich rd. 5.000 geförderte Wohnungen pro Jahr errichtet, doch es müssten zumindest 8.000 Wohnungen sein. Diese Lücke erklärt auch die ständig steigenden Mieten und Preise für Eigentumswohnungen.

Gleichzeitig wird es für gemeinnützige Bauträger immer schwieriger, leistbare Grundstücke zu erwerben. Denn potenzielle Bauareale für Großprojekte, wie etwa ehemalige Bahnhöfe, sind in Wien bereits verplant. Daher wird es in Zukunft notwendig sein, auch kleinere Flächen zu bebauen und zu verdichten.

Um leistbares Wohnen auch in Zukunft zu ermöglichen, ist außerdem die Einführung der Flächenwidmungskategorie „geförderter Wohnbau“ nötig. Denn die derzeit in der neuen Wiener Bauordnung

vorgesehene Kategorie „förderbarer Wohnbau“ ist bei weitem nicht ausreichend. Diese Kategorie sichert nicht Land für den geförderten Wohnbau, sondern definiert nur die Einhaltung technischer Standards, wie sie für den geförderten Wohnbau gelten (Wohnungsgröße, energietechnische Standards). Die zentrale Frage der Grundstückskosten, der tatsächlichen Verfügbarkeit für den geförderten Wohnbau und die damit verbundene Erzielung leistbaren Wohnraums bleibt jedoch unberücksichtigt. So können und werden innerhalb dieser Widmungskategorie Wohnungen errichtet werden, die so groß und so gut isoliert sind wie ein geförderter Wohnbau, aber im Preis deutlich darüber liegen. Zugespielt formuliert: eine Widmungskategorie für gut isolierte Luxuswohnungen.

WienerInnen schätzen die Öffis - zu viele pendeln mit dem Auto

Obwohl immer mehr Menschen in die Stadt strömen und das öffentliche Verkehrsnetz zunehmend gefordert wird, sind die WienerInnen mit ihrem öffentlichen Verkehrssystem sehr zufrieden. Nur 27 % der Wege der WienerInnen werden mit dem Auto zurückgelegt.

Dass nicht jeder auf die öffentlichen Verkehrsmittel zurückgreift, zeigt freilich das Verhalten der PendlerInnen. Rund 250.000 Menschen, die in Wien arbeiten, aber außerhalb Wiens wohnen, pendeln pro Tag in die Bundeshauptstadt ein – viele davon, etwa 70 %, mit dem Auto. Obwohl in der Stadt selbst die KFZ-Nutzung deutlich sinkt, verbleibt doch ein hoher KFZ-Anteil. Die Situation wird sich weiter verschärfen, da auch das Wiener Umland stark wächst.

Das kann langfristig nur dann reduziert werden, wenn entsprechend attraktive Alternativen für PendlerInnen angeboten werden. Hierzu bedarf es aber einer bundesländerübergreifenden Strategie



und Zusammenarbeit, die sich in der Praxis leider oft als sehr schwierig herausstellt. Es bestehen hier noch einige Verbesserungspotenziale.

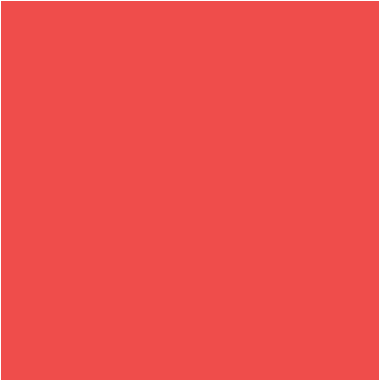
Herausforderung Schule



Neben Verkehrsproblemen und Wohnbedürfnissen stellen sich weitere wichtige Herausforderungen für eine wachsende Stadt. Auch in Schulen gilt es, Problemstellungen zu lösen. Denn 2030 wird es um 16% mehr schulpflichtige Kinder geben. Viele davon werden mehrsprachig sein. Ihre Zahl hat sich in den letzten 12 Jahren fast verdoppelt. In manchen Bezirken Wiens sind bis zu 80% der Pflichtschulkinder mehrsprachig. Hier besteht ein erhöhter Förderbedarf, der bisher nicht im entsprechenden Ausmaß zur Verfügung steht.

Werden genügend Ressourcen und Fördermaßnahmen bereitgestellt, entstehen Probleme, wie sie in Wien zum Teil vorhanden sind, erst gar nicht. Es braucht daher als erstes Reformen der Mittelzuweisung an Schulen entlang der sozialen Lage der SchülerInnen. Damit soll insbesondere die ganztägige Betreuung sowie die Förderung der Mehrsprachigkeit unterstützt werden. Daneben soll auch die Beherrschung der Erstsprache der SchülerInnen gefördert werden.

De-Industrialisierung und ihre Folgen



Strukturwandel und die De-Industrialisierung haben Wien in den letzten 20 Jahren ein anderes Gesicht gegeben. Das wirkt sich auch auf den Wiener Arbeitsmarkt aus. Wiens Wirtschaft weist einerseits einen überdurchschnittlich hohen Anteil an hochqualifizierten Dienstleistungsbereichen (z.B.: Medizin-, Pharma-, Biotechnologie) auf, bietet aber auch wachsende Wirtschaftssegmente im Bereich der low-skill-Dienste (z.B.: Sicherheits- und Reinigungsdienste) an. Durch den Wandel gingen viele Industriearbeitsplätze verloren, andererseits

sind noch mehr Jobs im Dienstleistungsbereich geschaffen worden. Daher wächst die Beschäftigung in Wien immer noch weiter an - allerdings nicht so stark, wie das Arbeitskräfteangebot steigt. Damit nimmt die Arbeitslosigkeit – besonders in den unteren Qualifikationssegmenten – weiter zu.

Weniger Zahlungskräfte werden verdrängt

Die Verschiebung von sekundärer, industriell geprägter, zu tertiärer, dienstleistungsorientierter Ökonomie macht innerstädtische Quartiere attraktiv. Das hat aber mitunter auch zur Folge, dass es zu Verdrängungsprozessen von weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsteilen kommen kann. Diese „Gentrifizierungsprozesse“ und die zunehmende soziale Segregation ist eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Hindernis Stabilitätspakt

All diese wichtigen Herausforderungen können nur durch rechtzeitiges Handeln gemeistert werden. Daher fordert die Arbeiterkammer (AK) mehr öffentliche Investitionen in die städtische Infrastruktur. Sie sind nicht nur für die WienerInnen notwendig, sie kurbeln auch die Wirtschaft an und tragen damit zu einem Beschäftigungswachstum bei. Doch die strikten, politisch motivierten Sparvorgaben von Bund und EU („Innerösterreichischer Stabilitätspakt“) schränken die Möglichkeiten für kommunale Investitionen ein – selbst wenn aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums ein dringender Bedarf besteht.

Dabei stünde Wien finanziell relativ gut da: die Hauptstadt hat derzeit eine Pro-Kopf-Verschuldung von etwa € 2.550. Im Vergleich mit Berlin, wo jeder Bürger bzw. jede Bürgerin mit ca. € 17.600 verschuldet ist, hätte Wien also noch deutliche finanzielle Spielräume. Dazu kommt, dass gerade jetzt,



wo die Kreditzinsen im Keller sind, eine Geldaufnahme vergleichsweise günstig ist. Es wäre daher für Wien auch ökonomisch sinnvoll, massiv in die öffentliche Infrastruktur zu investieren.



Aus Sicht der AK ist es wichtig, deutlich mehr geförderten Wohnraum zu schaffen, wirksame Mietobergrenzen für den privaten Wohnsektor einzuführen, Investitionen in den öffentlichen Verkehr - bei denen die Schnellbahn eine kostengünstige Alternative sein kann - und stärkere Förderungen sozial benachteiligter Kinder (auch über das Schulsystem) zu tätigen. Durch die damit verbundenen, öffentlichen Investitionen werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Dazu braucht es aber eine Finanzierung - das geht nur über eine Lockerung der Sparzwänge oder über vermögensbezogene lokale Steuern, wie etwa der Grundsteuer. Hier ist jedoch aufgrund der Kompetenzen weniger ein Appell an die Gemeinde angebracht, sondern eher Druck an den Bund angesagt.



„Können wir uns das Wohnen in Zukunft noch leisten?“

Am 1. Juli 2014 fand im Linzer Wissensturm das 4. Wohnbau-Sommergespräch des vwbf Oö statt. Mag. Robert Oberleitner begrüßte den Obmann des Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen, Mag. Karl Wurm, SP-Klubvorsitzenden Christian Makor und Wohnbau-Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner zum Thema Leistbarkeit des Wohnens.

Abschließend weist Verbandsobmann **Wurm** nochmals darauf hin, dass Projekte, die von gewerblichen Bauträgern mit öffentlicher Förderung errichtet werden, nach Rückzahlung der geförderten Darlehen nicht mehr nach dem Kostendeckungsprinzip des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes vermietet werden. Dies führt letztendlich (auch) zu erheblich höheren Mieten.

Rund 60 Personen folgten der Einladung zur Diskussionsveranstaltung in Kooperation mit dem Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen – Forum Wirtschaft & Technik, um gemeinsam der Frage „Können wir uns das Wohnen in Zukunft noch leisten?“ nachzugehen.

Als Kostentreiber wurden von den Diskutanten vorwiegend hohe Grundstückspreise und überschießende Baunormen identifiziert. Einerseits könnte mit der eigenen Widmungskategorie „Sozialer Wohnbau“ der Lokalpolitik ein Instrument zur sinnvollen raumpolitischen Steuerung in die Hand gegeben werden, so **Makor**. Andererseits müsste die Bundespolitik stärker darauf achten, dass das Normungswesen nicht ausufert, so **Oberleitner**. Eine diesbezüglicher Hinweis darauf findet sich im Regierungsprogramm („pragmatische Überprüfung der Auflagen beim Neubau“).

Haimbuchner unterstreicht seine Bestrebungen, mittels Wirtschaftlichkeitsbeirat, Wirtschaftlichkeitsparametern und Standardausstattungskatalog die Leistbarkeit des Wohnens im Bundesland Oberösterreich zu erhöhen. Ab dem Bauprogramm 2015 werden deshalb alle Bauvorhaben, die zur Förderung eingereicht werden, anhand von verschiedenen Parametern im Hinblick auf ihre Wirtschaftlichkeit beurteilt.

